

14. März 2018

## Ergebnisprotokoll 6. Sitzung

### 1. Rückblick auf die 5. Sitzung

Die **Protokollentwürfe** der vierten und der fünften Sitzung werden genehmigt.

Es wird ein Zusatztermin für die Koordinierungsgruppe für den 24.4.2018 vereinbart, bei dem die Koordinierungsgruppe gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung die bisherigen Vorschläge sowie die Rolle der Politik in der Bürger/innenbeteiligung diskutieren wird.

Für die Abschlusssitzung wurden zwei neue Termine vorgestellt, über die per E-Mail-Abfrage entschieden werden soll.

### 2. Vorstellung der Ergebnisse der stadtweiten Befragung zum Thema Bürger/innenbeteiligung

Die Ergebnisse der Befragung wurden vorgestellt, auch mit Blick auf Besonderheiten hinsichtlich der soziodemographischen Merkmale. Es wurde diskutiert, welche Bedeutung die Ergebnisse für das Konzept der Bürger/innenbeteiligung haben. Die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit in einem gesonderten Bericht zur Verfügung gestellt.

### 3. Diskussion der Vorschläge der AG Digitale Beteiligung

Vorbemerkung: Die Arbeitsgruppe Digitale Beteiligung hat sich nur einmal getroffen, da zunächst die Vorschläge der anderen Gruppen abgewartet werden sollte. Die Vorschläge der AG Digitale Beteiligung werden jetzt direkt in der Koordinierungsgruppe diskutiert, da die Teilnehmenden der AG und der Koordinierungsgruppe in weiten Teilen dieselben sind.

#### Zu Grundsätzen der Digitalen Beteiligung

- Die erarbeiteten Grundsätze werden bestätigt.
- Zur Frage der Nutzung von Klarnamen und der vorherigen Prüfung von Beiträgen bei Diskussions- und Beteiligungsplattformen wird empfohlen:
  - Grundsätzlich sollten Klarnamen genutzt werden und eine vorherige Registrierung erfolgen, um die Verbindlichkeit der Diskussion und ihre Qualität zu erhöhen. Dabei müssen allerdings medienrechtliche Vorgaben eingehalten werden.
  - Bei bestimmten Formaten (wie z.B. Facebook der Stadtverwaltung) sollten keine Klarnamen erforderlich sein, da es hier explizit um ein niedrigschwelliges Kommunikationsangebot geht.
  - Dialogplattformen sollten moderiert werden und die Beiträge vor Veröffentlichung daraufhin geprüft werden, ob sie gegen gesetzliche Grundlagen verstoßen.

## **Plattform für Online-Dialoge und Vorhabenliste**

- Es wird empfohlen, zur Umsetzung der Vorhabenliste eine Online-Dialogplattform durch einen externen Anbieter einzurichten, die bei Bedarf durch weitere Funktionen/Module (z.B. Online-Dialoge, Informationsangebote) ergänzt werden kann.
- Dabei sollte insbesondere die Barrierefreiheit durch Peer-Beratung geprüft und bei der Umsetzung beachtet werden (siehe auch Erfahrungen mit dem Tool Inklusionslandkarte anderer Organisationen).
- Online-Dialoge sollten unbedingt mit Offline-Angeboten zur Beteiligung verzahnt werden. Besonders wichtig ist dabei eine breite Einladung zur Online-Beteiligung an unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung.

## **Digitale Umfrageformate**

- Digitale Umfrageformate erreichen häufig nur kleine Zielgruppen und / oder sind nicht repräsentativ.
- Die AbstimmungsApp des Anbieters Neongelb versucht, dieses Problem mit einer Reihe von Maßnahmen zu lösen. Die Anschaffung ist kostenintensiv, allerdings im Vergleich zu schriftlichen Befragungen (per Brief) mittelfristig günstiger, da sie mehrfach eingesetzt werden kann (z.B. dreimal jährlich).
- Es wird empfohlen, Erfahrungen in Tübingen mit der Umsetzung abzuwarten, bevor eine endgültige Entscheidung gefällt wird.

## **Digitale Nachbarschaftsnetzwerke**

- Es existieren mittlerweile vielfältige Angebote zur digitalen Vernetzung und Beteiligung auf Stadtteilebene. Ein Teil dieser Angebote ist privat finanziert. Es gibt aber auch eine Reihe öffentlich finanzierter Modellversuche. Letztere zielen neben der Vernetzung und Beteiligung auch darauf ab, neue Formen der Bedarfsdeckung z.B. für ältere Menschen oder für Menschen im ländlichen Raum zu erproben.
- Es wird empfohlen, eine Beteiligung der Universitätsstadt Marburg an dem vom Bundesforschungsministerium finanzierten Modellprojekt SoNaTe (Soziale Nachbarschaft und Technik) zu prüfen.
- Falls dies nicht möglich ist, sollten Möglichkeiten entwickelt werden, bestehende digitale Nachbarschaftsnetzwerke für Information und Beteiligung auf Stadtteilebene zu nutzen.

## **SchülerApp**

- Die Einführung einer SchülerApp wird geprüft. Sie lässt sich allerdings nur realisieren, wenn geeignete Kooperationspartner gefunden werden sowie Fragen der Kosten und der Nachhaltigkeit geklärt werden.
- Die Nutzung weiterer Online-Beteiligungsformate, die sich insbesondere an Schüler und Jugendliche richten, werden in Kooperation mit dem Fachdienst Jugendförderung geprüft. Dabei werden die bisher gemachten Erfahrungen des Fachdienstes einbezogen.

## **Fortbildung zu digitaler Beteiligung**

- Es wird empfohlen, in Kooperation mit der Volkshochschule Fortbildungen zur Nutzung digitaler Beteiligung anzubieten. Die Angebote sollen sich insbesondere an interessierte Stadtteilinitiativen, Ortsbeiräte und Vereine richten.